



in puncto

2021 / 2

Zeichen der Aufbruchstimmung

- Es geht vorwärts
- Klimapolitik mit Köpfchen und sozialem Gewissen
- Covid-19-Gesetz, ein Gesetz der Mitte
- Agrar-Initiativen sind zu extrem

**Die
Mitte**)

Zeichen der Aufbruchstimmung



Gerhard Pfister
Parteipräsident Die Mitte

Es geht vorwärts: Zahlreiche Kantonalparteien sind den Namenswechsel oder sogar die Fusion zwischen CVP und BDP bereits angegangen. Aus den Kantonalparteien erhalte ich Rückmeldungen, dass die Mitgliederzahlen steigen. Und auch die Ergebnisse der kantonalen Wahlen, bei denen sich Die Mitte bisher als einzige Bundesratspartei stabil halten konnte, stimmen mich in der Gesamtbetrachtung zuversichtlich. All das sind klare Zeichen der Aufbruchstimmung und zeigen mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Grosser Abstimmungssonntag

Am 13. Juni werden wir über insgesamt fünf Vorlagen abstimmen. Über die Positionen der Mitte erfahren Sie in dieser Ausgabe mehr. Vorneweg ein Wort zum Covid-19-Gesetz und zum

CO2-Gesetz: Mit dem Covid-19-Gesetz hat Die Mitte Verantwortung bei der Bewältigung der Corona-Krise übernommen. Wir haben es massgeblich mitgeprägt. Es stellt sicher, dass allen Betroffenen, die unverschuldet in wirtschaftliche Not geraten sind, auch geholfen wird. Auch das CO2-Gesetz hat Die Mitte entscheidend mitgeprägt. Es ist ein griffiges und zugleich ein gut ausbalanciertes und sozialverträgliches Gesetz. Damit machen wir einen Schritt hin zu einer Energieversorgung, die sauber, sicher und immer noch bezahlbar ist.

Das Covid-19-Gesetz und das CO2-Gesetz sind Gesetze der Mitte. Wir haben diese massgeblich und entscheidend mitgeprägt und wir haben erreicht, dass wir nun tragfähige und breit abgestützte Lösungen auf dem Tisch haben. Und wir werden uns mit voller Kraft bis zur Abstimmung dafür einsetzen.

Ja zum CO2-Gesetz

Die Mitte hat sich stets für eine nachhaltige Klimapolitik stark gemacht – so auch für ein griffiges und gleichzeitig ausgewogenes CO₂-Gesetz. Das vorliegende Gesetz ist ein gut ausbalancierter Kompromiss.



Stefan Müller-Altermatt
Nationalrat Die Mitte

Weshalb braucht es eine Revision des CO2-Gesetzes?

Seit 2020 gelten die international vereinbarten Ziele des Pariser Klimaabkommens, welches die Schweiz 2017 mitunterzeichnet hat. Die Schweiz hat sich zudem mit der Energiestrategie vorgenommen, bis 2050 klimaneutral zu sein. Das Gesetz regelt die nationale Umsetzung. Und wir setzen es so um, dass es nicht nur dem Klima, sondern auch der Wirtschaft und der Bevölkerung dient.

Kritiker sagen aber, dass gerade die ländliche Bevölkerung mit dem Gesetz finanziell stärker belastet wird.

Das Gesetz ist fair und sozial ausgestaltet. Die Kritiker verschweigen meist die Rückverteilung: Beispielsweise erhält eine vierköpfige Familie, die nicht mit Öl oder Erdgas heizt, laut dem Bundesamt für Umwelt aus der CO₂-Abgabe pro Jahr 428 Franken zurück. Und in den ländlichen Regionen können mit Geldern aus dem Klimafonds die nötigen Anpassungsmassnahmen realisiert und der alternde Gebäudepark saniert werden.

Und wenn das Gesetz abgelehnt wird?

Die Mitte hat sich stark für das Gesetz eingesetzt und es mitgeprägt. Es ist griffig und zugleich sozial und fair ausgestaltet. So geht nachhaltige Klimapolitik mit Köpfchen und sozialem Gewissen. Eine Ablehnung würde bedeuten, dass wir weiterhin von den Erdöl-Staaten abhängig bleiben, anstatt unsere Wirtschaft fit zu machen für die nachhaltige und klimafreundliche Zukunft.



«So geht nachhaltige Klimapolitik mit Köpfchen und sozialem Gewissen.»

Gemeinsam Erreichtes nicht aufs Spiel setzen

Seit über einem Jahr steht die Schweiz vor der grössten Herausforderung seit Jahrzehnten. Ein zentrales Element zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise ist das Covid-19-Gesetz. Die Verantwortung der Politik ist es, den Menschen in Not die Hilfe zukommen zu lassen, die sie brauchen und die ihnen zusteht: gesundheitlich, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Nur mit dem Covid-19-Gesetz ist diese Hilfe möglich. Darum sollten wir das gemeinsam Erreichte nicht aufs Spiel setzen, solidarisch bleiben, Verantwortung übernehmen und am 13. Juni klar Ja sagen.



Nicolo Paganini
Nationalrat Die Mitte

Warum ist dieses Gesetz so wichtig?

Infolge der Covid-19-Pandemie haben wir nicht nur eine Gesundheits-, sondern zusätzlich auch eine Wirtschaftskrise. Mit dem Covid-19-Gesetz wurde eine umfassende rechtliche Grundlage geschaffen, betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen und die Kurzarbeitsentschädigung auszuweiten. Insgesamt stehen mittlerweile über 30 Milliarden Franken Hilfeleistungen zur Verfügung, die gestützt auf das Covid-19-Gesetz an Wirtschaft, Kultur, Sport und Medien ausbezahlt werden können. Bei Ablehnung des Gesetzes würden diese Hilfeleistungen wegfallen.

Wieso setzt sich gerade Die Mitte so stark dafür ein?

Das Covid-19-Gesetz ist ein Gesetz der Mitte. Die Härtefallhilfen, Entschädigungen für Selbständigerwerbende und Unterstützung für Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung: Alle diese Massnahmen gehen auf Ideen und Anträge aus der Mitte zurück. Eine erhebliche Anzahl von Betroffenen wird damit einfacher an Hilfeleistungen kommen.

Die Gegner behaupten, mit dem Gesetz werde ein Impfwang eingeführt.

Nein, das Covid-19-Gesetz enthält keinen Impfwang. Das ist in der Schweiz verboten. Und wir stimmen bei diesem Gesetz auch nicht über die Schliessung der Restaurants, die Maskenpflicht oder andere Einschränkungen ab. Diese Massnahmen stützen sich auf das Epidemiengesetz.

Was würde bei einer Ablehnung des Gesetzes passieren?

Dann würde das Gesetz noch bis Ende September weiter gelten, könnte danach aber nicht mehr erneuert werden. Dann würde das gesamte Gesetz ausser Kraft treten und damit auch sämtliche Anpassungen insbesondere für die wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen, welche das Parlament im Verlauf der Epidemie vorgenommen hat. Deshalb sollten wir das gemeinsam Erreichte nicht aufs Spiel setzen und Ja zum Covid-19-Gesetz sagen.

«Das Covid-19-Gesetz ist ein Gesetz der Mitte.»

Nein zu den extremen Agrar-Initiativen

Am 13. Juni stimmen wir gleich über zwei agrarpolitische Vorlagen ab: Die Pestizid- sowie die Trinkwasserinitiative. Für Die Mitte ist klar, dass diese beiden Initiativen zu extrem und zu radikal sind. Weshalb erklärt uns Nationalrätin Priska Wismer-Felder.



Priska Wismer-Felder
Nationalrätin Die Mitte

3 Gründe, weshalb ich klar Nein zu den extremen Agrar-Initiativen sage:

Erstens verfehlt die Trinkwasserinitiative ihre Ziele. Denn bei einer Annahme besteht die Gefahr, dass Landwirtschaftsbetriebe aus dem Direktzahlungssystem und somit auch aus den strengen Kriterien des ökologischen Leistungs-

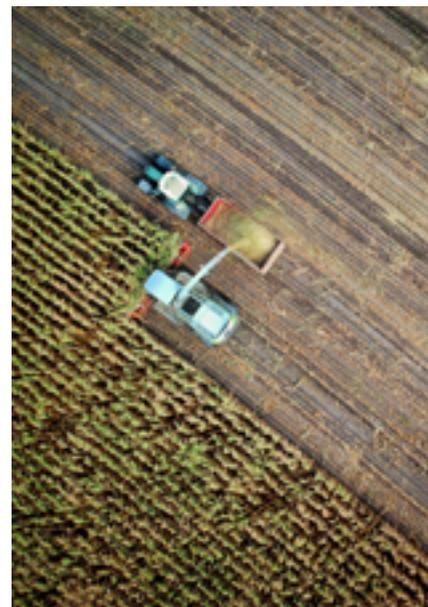
nachweises (ÖLN) aussteigen würden. Wodurch die Umweltbelastung in der Produktion nicht ab-, sondern noch mehr zunimmt.

Zweitens würden bei einer Annahme dieser Initiativen die Lebensmittel in der Schweiz teurer. Denn bei einer Annahme der Pestizidinitiative würde die Produktion von Lebensmitteln eingeschränkt. Bei einer vierköpfigen Familie kann das schnell ein paar Hundert Franken pro Monat ausmachen.

Dies würde **drittens** zu einer weiteren Zunahme des wirtschaftsschädigenden Einkaufstourismus führen. Und auch die Einkaufspreise für Hotellerie und Gastronomie würden steigen, was die Tourismusbranche schwer treffen würde. Sind doch die Schweizer Preise im Vergleich mit unseren Nachbarländern schon so kaum wettbewerbsfähig.

Es gibt Handlungsbedarf: Landwirtschaft und Parlament machen vorwärts:

Die Landwirtschaft hat den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schon halbiert. Und auf Initiative aus der Mitte hat das Parlament einen Vorschlag ausgearbeitet, der sich den zentralen Anliegen der beiden Initiativen annimmt. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und die damit verbundenen Umweltrisiken für Flüsse, Seen und naturnahe Lebensräume sollen bis 2027 nochmals halbiert werden.



«Handeln, bevor es zu spät ist: Ja zum PMT-Gesetz.

Bei terroristischen Gefahren können wir heute erst eingreifen, wenn etwas passiert ist. Deshalb braucht es präventive Instrumente. Ziel ist, schon früh zu erkennen, wenn die Gefahr einer Radikalisierung entsteht – und sie zu stoppen. Handeln, bevor es zu spät ist. Deshalb sage ich klar Ja am 13. Juni zum PMT-Gesetz. »



Ida Glanzmann
Nationalrätin Die Mitte

Die Mitte. Meinungen und Menschen.

Folge uns auf Social Media: #TeamOrange

 Mitte_Centre

 Mitte.Centre

 Mitte_Centre

In eigener Sache:

Aufgrund des neuen Mitgliederregisters der Mitte Schweiz erhalten einmalig alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten dieses Magazin. Falls Sie in Zukunft kein in puncto mehr erhalten wollen, können Sie uns dies per Mail über info@die-mitte.ch mitteilen. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Impressum

in puncto
Aktuelles der Mitte Schweiz
PC-Konto: 30-3666-4

Verlag und Redaktion
Die Mitte Schweiz
Postfach, 3001 Bern
info@die-mitte.ch

Abonnements

Jahresabo 20 Franken / 4 Ausgaben pro Jahr
Für Mitglieder im Jahresbeitrag inbegriffen



Warum kommt 5G?

Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

1G
ab 1978
Mobile Telefonie



2G

ab 1993
Der grosse Durchbruch



3G

ab 2004
Das Internet wird mobil

4G

ab 2012
Neue Anwendungen für jede Lebenslage



Transport und Fahrzeuge

Konsumenten

Industrie

Smart Cities

5G

ab 2019

Landwirtschaft

Umwelt

Intelligente Gebäudetechnik

Versorgungsunternehmen

6G

swisscom

Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



[swisscom.ch/5gflyer](https://www.swisscom.ch/5gflyer)